

# Inhaltsverzeichnis



Geleitwort .....	V
Vorwort .....	VII
Vorwort zur 1. Auflage .....	VIII
Literaturverzeichnis .....	XXI
Abkürzungsverzeichnis .....	XXXIII
<b>A. Einführung</b> .....	1
I. Gesamtwirtschaftliche und rechtspolitische Bedeutung der Beihilfeaufsicht ..	1
1. Gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Beihilfeaufsicht .....	1
2. Rechtspolitische Bedeutung der Beihilfeaufsicht .....	4
a) Entscheidungsmonopol der Kommission .....	4
b) Das politische Element der Beihilfeaufsicht .....	5
c) Die Verrechtlichung der Beihilfeaufsicht .....	5
d) Ausdehnung des Beihilfetatbestandes auf weite Bereiche der wettbewerbsregulierenden Tätigkeit des Staates .....	6
II. Rechtsquellen .....	8
1. Die Verträge .....	8
2. Völkerrechtliche Verträge .....	9
a) Bilaterale völkerrechtliche Verträge der Gemeinschaft .....	9
b) Multilaterale völkerrechtliche Verträge der Gemeinschaft (WTO) .....	11
3. Sekundäres Gemeinschaftsrecht .....	14
4. Bekanntmachungen der Kommission, Leitlinien und Gemein- schaftsrahmen .....	15
5. Kommissionsentscheidungen .....	17
6. Verhältnis zum nationalen Recht .....	19
III. Grundtatbestand der Beihilfe und Ausnahmen .....	21
1. Grundtatbestand .....	21
2. Ausnahmetatbestände .....	23
a) Unterschiede zwischen Art. 87 Abs. 2 und Abs. 3 EG .....	23
b) Die einzelnen Tatbestände der Legalausnahme in Art. 87 Abs. 2 EG .....	24
aa) Art. 87 Abs. 2 Buchst. a) EG .....	24
bb) Art. 87 Abs. 2 Buchst. b) EG .....	25
cc) Art. 87 Abs. 2 Buchst. c) EG .....	27

c) Die Genehmigungstatbestände in Art. 87 Abs. 3 Buchst. a) bis d) EG .....	28
d) Der Genehmigungstatbestand in Art. 87 Abs. 3 Buchst. e) EG .....	29
3. Bereichsausnahme des Art. 86 Abs. 2 EG .....	29
4. Bereichsausnahme des Art. 296 Abs. 1 Buchst. b) EG (militärische Produktion) .....	30
<b>B. Aktionsplan staatliche Beihilfen und ökonomische Analyse im Beihilferecht .....</b>	<b>31</b>
I. Die gegenwärtige Reform der Beihilfenpolitik: Der „Aktionsplan staatliche Beihilfen“ .....	31
II. Die ökonomische Analyse im Beihilferecht .....	36
1. Einführung .....	36
2. Anknüpfungspunkte einer Ökonomisierung .....	38
a) Begünstigung .....	38
aa) Grundsatz des marktwirtschaftlich handelnden Kapitalgebers .....	39
bb) Ausgleichszahlungen für Leistungen der Daseinsvorsorge .....	40
b) Spezifität der Begünstigung .....	40
c) Handelsbeeinträchtigung .....	40
d) Wettbewerbsverfälschung .....	42
aa) Rechtsprechung .....	42
bb) Neuere Kommissionspraxis .....	45
e) Ausnahmetatbestände .....	46
aa) Bisherige Praxis .....	46
bb) Vorgehen nach dem State Aid Action Plan .....	46
cc) Legislative Umsetzungen der neuen Abwägungsprüfung .....	48
dd) Die neue Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung .....	49
3. Meinungsstand in der wettbewerbspolitischen Diskussion .....	50
a) Mitgliedstaatliche Stellungnahmen .....	50
b) Einzelaspekte der Diskussion .....	51
aa) Kein eindeutiges wettbewerbspolitisches Konzept .....	52
bb) Umfang der Wettbewerbsanalyse im Einzelfall .....	53
cc) Systematischer Standort der wettbewerbslichen Analyse .....	55
<b>C. Begriff der staatlichen Beihilfe .....</b>	<b>57</b>
I. Wirtschaftliche Begünstigung .....	57
1. Definition eines weiten Beihilfebegriffs .....	58
2. Maßgeblicher Unternehmensbegriff .....	59
II. Systematisierung der Beihilfetypen .....	62
1. Positive Beihilfen .....	62
a) Die fiskalisch-privatwirtschaftliche Tätigkeit der öffentlichen Hand .....	63

b) Staatliche Kompensationszahlungen für hoheitlich auferlegte Gemeinwohllasten . . . . .	66
aa) Entwicklung in der älteren Rechtsprechungs- und Kommissionspraxis . . . . .	66
bb) Die Rechtssache „Altmark Trans“ . . . . .	68
cc) Anwendung der Altmark-Kriterien in der Praxis . . . . .	70
dd) Altmark-Maßnahmenpaket der Kommission . . . . .	74
ee) Anwendung der Altmark-Kriterien auf Altfälle . . . . .	75
2. Naturalzuwendungen . . . . .	76
3. Negative Beihilfen . . . . .	76
4. Staatlicher Ausgleich struktureller Merkmale . . . . .	78
III. Staatliche oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen . . . . .	80
1. Finanzierung von Beihilfen aus dem Vermögen staatlich beherrschter Unternehmen . . . . .	82
a) Die ältere Rechtsprechung . . . . .	82
b) Die Rechtssache „Stardust Marine“ . . . . .	84
c) Neuere Entscheidungspraxis . . . . .	86
2. Die Belastung des Staatshaushalts als Tatbestandsmerkmal der Beihilfe . . . . .	87
a) Die Rechtssache „Van Tiggele“ . . . . .	89
b) Die Rechtssache „Sloman Neptun“ . . . . .	89
c) Die Rechtssache „Kirsammer-Hack“ . . . . .	90
d) Die Rechtssache „Viscido“ . . . . .	90
e) Die Rechtssache „PreussenElektra“ . . . . .	90
f) Die Rechtssache „Pearle“ . . . . .	91
g) Die Rechtssache „Essent Netwerk Noord“ . . . . .	92
h) Ausdehnung des Beihilfetatbestandes auf die Finanzierung von Umlagemaßnahmen . . . . .	94
IV. Das Tatbestandsmerkmal der Spezifität . . . . .	95
V. Beeinträchtigung des Handels zwischen Mitgliedstaaten . . . . .	97
VI. Drohende Verfälschung des Wettbewerbs . . . . .	101
VII. De-Minimis-Beihilfen . . . . .	104
VIII. Die Rolle der öffentlichen Hand als Kapitalgeberin . . . . .	105
1. Einführung . . . . .	105
2. Entwicklung in der älteren Rechtsprechung . . . . .	107
3. Die erste Kommissionsmitteilung . . . . .	108
4. Die Rolle und Intention des Kapitalgebers: Der langfristig ausgerichtete Investor . . . . .	109
5. Wirtschaftliche Schematisierung des Prüfungsgegenstandes . . . . .	111
6. Minderheitsbeteiligungen: Der kurzfristig ausgerichtete Investor . . . . .	112
7. Öffentliche Finanzierungsmaßnahmen zur Vermeidung einer Liquidation oder zur Minimierung von Kosten . . . . .	113
8. Vermutungsregeln gegen die Annahme einer staatlichen Beihilfe . . . . .	114

9. Maßgeblicher Zeitpunkt für die Beurteilung der Investitionsentscheidung .....	115
10. Die bei dem öffentlichen Investor notwendige Dokumentation .....	116
11. Die Problematik der Quersubventionen .....	117
<b>D. Einzelübersicht nach Wirtschaftsbereichen .....</b>	<b>121</b>
I. Grundstücksgeschäfte der öffentlichen Hand .....	121
1. Einführung .....	121
2. Die Anfänge .....	122
3. Mitteilung der Kommission betreffend Elemente staatlicher Beihilfe bei Verkäufen von Bauten oder Grundstücken durch die öffentliche Hand .....	123
a) Verkauf durch ein bedingungsloses Bietverfahren .....	123
b) Verkauf auf der Grundlage eines unabhängigen Wertgutachtens .....	123
4. Die Grundstücksmittelung und der Bau von Sportstätten .....	127
5. Sonderfälle .....	128
a) Die Anwendbarkeit der Mitteilung auf Vermietungen .....	128
b) Die Anwendbarkeit der Mitteilung auf Grundstückskäufe der öffentlichen Hand .....	128
II. Privatisierung .....	130
1. Einführung .....	130
2. Die Praxis der Kommission .....	131
3. Der Infrastrukturbereich .....	135
4. Überschneidungen zwischen Privatisierung und Grundstücksgeschäften .....	136
a) Einführung .....	136
b) Die Rolle des Wertgutachtens .....	136
5. Der bedingungslose Verkauf .....	138
6. Treuhandanstalt und BvS .....	141
III. Verstaatlichung und Umschichtung öffentlichen Vermögens .....	143
IV. Die Anwendung des Beihilferechts auf die Unternehmensbesteuerung durch die EU-Mitgliedstaaten .....	144
1. Einführung .....	144
2. Wesentliche Tatbestandsmerkmale .....	146
a) Unternehmensspezifische Abweichung von „normaler“ Besteuerung .....	146
b) Rechtfertigung einer Ausnahme durch „die Natur oder den inneren Aufbau des Systems“ .....	150
3. Kommissionspraxis in ausgewählten Fällen .....	151
a) Steuervergünstigungen für international operierende Unternehmen und Koordinierungszentren .....	151
b) Steuerregelungen und das Problem regionaler Selektivität ..	152
c) Steuerregelungen, die faktisch selektiv wirkten .....	153
d) Steuervergünstigungen im Rahmen der „Öko-Steuer“ sowie Fördermaßnahmen für „grünen Strom“ .....	154

V. Staatliche Haftungszusagen (Bürgschaften und Garantien) .....	156
1. Die Grundkonstellation: Das Dreiecksverhältnis .....	156
2. Die neue Mitteilung von 2008 .....	156
a) Garantien für KMU .....	157
b) Einzelgarantien .....	157
c) Garantieregelungen .....	157
3. Beihilfen zugunsten des Unternehmens .....	158
a) Das Innenverhältnis: Die Avalprovision .....	158
b) Refinanzierungsbedingungen als staatliche Beihilfe? .....	159
aa) Einführung .....	159
bb) Die Rechtsprechung der europäischen Gerichte .....	160
cc) Anderweitige Praxis der Kommission .....	161
dd) Die neue Struktur der Mitteilung von 2008 .....	163
4. Beihilfe für den Kreditgeber? .....	164
a) Die in der Mitteilung aufgeführten Fälle .....	164
aa) Einführung .....	164
bb) Nachträgliche Besicherung ohne Anpassung der Darlehenskonditionen keine Beihilfe .....	164
cc) Tilgung eines ungesicherten Darlehens mit einem gesicherten Darlehen keine Beihilfe .....	165
dd) Meinungen im Schrifttum .....	165
b) Sonderfälle: Die Bürgschaft als Beihilfe .....	166
5. Rechtsfolgen des Vorliegens einer Beihilfe .....	168
6. Anstaltslast, Gewährträgerhaftung und Ausfallhaftung .....	169
a) Einführung .....	169
b) Anstaltslast .....	169
c) Gewährträgerhaftung .....	170
d) Ausfallhaftung .....	171
e) Vorgaben des Gemeinschaftsrechts .....	171
f) Die Abschaffung von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung .....	173
g) Der Kompromiss vom März 2002 zu den Spezialkredit- instituten .....	175
h) Die Abschaffung der Ausfallhaftung .....	176
7. Beihilfenrechtliche Bewertung von Anstaltslast und Gewähr- trägerhaftung .....	176
a) Refinanzierungsvorteile keine staatliche Beihilfe .....	176
b) Anstaltslast per se keine staatliche Beihilfe .....	177
c) Gewährträgerhaftung und Ausfallhaftung .....	178
8. Zusammenfassung und Bewertung .....	178
VI. Infrastrukturinvestitionen der öffentlichen Hand .....	179
1. Allgemein .....	179
2. Grundstücke .....	179
3. Flughäfen .....	180
a) Die Mitteilung von 1994 .....	180
b) Die Mitteilung von 2005 .....	182

<b>E. Branchenspezifische Regeln</b> .....	185
I. <i>Produzierendes Gewerbe</i> .....	185
1. Ehemaliger EGKS-Sektor (Kohle- und Stahlwirtschaft) .....	185
2. Kfz-Industrie .....	187
3. Beihilfen für den Schiffbau .....	188
4. Beihilfen zugunsten der Landwirtschaft .....	191
5. Beihilfen für die Fischerei und den Aquakultursektor .....	192
II. <i>Beihilfen zugunsten der Verkehrswirtschaft</i> .....	194
1. Beihilfen zugunsten des Schienenverkehrs .....	194
2. Beihilfen zugunsten der Schifffahrt .....	197
3. Beihilfen zugunsten der Luftfahrt .....	198
a) Umstrukturierungsbeihilfen .....	198
aa) Die frühere Praxis der Kommission .....	199
bb) Die Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Beihilfevorschriften um Luftverkehr .....	203
b) Rettungsbeihilfen .....	207
c) Anlaufbeihilfen .....	209
aa) Die Entscheidungen Charleroi und Intermediación ....	209
bb) Die Leitlinien von 2005 .....	214
cc) Die Praxis der Kommission nach dem Erlass der Leit- linien .....	215
dd) Aktuelle Verfahrenseröffnungen .....	216
III. <i>Dienstleistungsgewerbe</i> .....	217
1. Banken .....	217
a) Sanierungsabläufe bei Banken – Die bisherige Entschei- dungspraxis der Kommission .....	217
aa) Die erste Entscheidung Crédit Lyonnais (CL) .....	218
bb) Die zweite Entscheidung Crédit Lyonnais .....	219
cc) Banco di Napoli (BDN) .....	220
dd) Societe Marseillaise de Credit (SMC) .....	220
ee) Banco di Sicilia (BDS) bzw. Sicilcassa .....	221
ff) Crédit Foncier de France (CFF) .....	222
gg) Bankgesellschaft Berlin (BGB) .....	222
b) Die Subprime-Krise .....	223
c) Die allgemeine Finanzkrise .....	224
2. Die deutschen Landesbanken und das Wohnungsbauvermögen	225
a) Einführung .....	225
b) Die erste Entscheidung WestLB/Wfa .....	226
c) Die zweite Entscheidung WestLB/Wfa .....	228
d) Die Entscheidungen BayernLB, NordLB, Hamburgische Landesbank, Landesbank Schleswig-Holstein und Landes- bank Berlin .....	230
e) Die Entscheidung Hessische Landesbank .....	231
f) Bewertung .....	234
aa) Die Stammkapitalzufuhr allgemein .....	234
bb) Die Aufschläge auf die Stammkapitalzufuhr .....	235
cc) Eigenkapital und Refinanzierung .....	235

3. Die Rekapitalisierung der deutschen Landesbanken .....	237
4. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk .....	239
a) Einführung .....	239
b) Der rechtliche Rahmen: Art. 86 Abs. 2 EG .....	239
c) Allgemeine staatliche Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks .....	242
d) Die Finanzierung durch Gebühren .....	242
aa) Die Entscheidungspraxis vor Erlass der Rundfunkmitteilung .....	243
bb) Die Entscheidungspraxis nach Erlass der Rundfunkmitteilung .....	243
cc) Die Staatlichkeit der Gebührenfinanzierung .....	245
dd) Kritik an der deutschen Rundfunkentscheidung .....	247
e) Sonderfälle .....	248
aa) Die Entscheidungen zum französischen und italienischen Rundfunk .....	248
bb) Die Entscheidungen zum portugiesischen und dänischen Rundfunk .....	249

**F. Horizontale Beihilfen .....** 253

*I. Die allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung (EG) Nr. 800/2008 ....* 253

1. Wesentlicher Inhalt der allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung .....	253
a) Erfasste Beihilfen .....	254
b) Ausgenommene Beihilferegulungen .....	254
c) Gemeinsame Vorschriften .....	255
aa) Transparenzanforderungen .....	255
bb) Freistellungsschwellen .....	255
cc) Anreizeffekt und Dokumentationspflichten .....	256
2. Regionalbeihilfen .....	257
a) Abgrenzung von Beihilfen nach Art. 87 Abs. 3 Buchst. a) und Buchst. c) EG .....	257
b) Maßgebliches Regelwerk neben der Gruppenfreistellungsverordnung .....	258
c) Fördergebietskarten .....	259
d) Erfasste Beihilferegulungen, insbesondere „große Investitionsvorhaben“ .....	259
3. Ausbildungsbeihilfen .....	260
a) Das Tatbestandsmerkmal einer „spezifischen Begünstigung“ .....	260
b) Unterschiedliche Bewertung allgemeiner und spezifischer Ausbildungsmaßnahmen .....	261
4. Beihilfen zugunsten von kleinen und mittleren Unternehmen .....	262
a) KMU-Definition unter dem früheren Regelwerk .....	262
b) Begriffsbestimmung unter der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung .....	263
c) Insbesondere: Berücksichtigung von Konzernbeziehungen .....	264
d) Zulässige Beihilfeintensitäten .....	265
5. Umweltschutzbeihilfen .....	265

a) Das Verursacherprinzip .....	266
b) Maßgebliches Regelwerk neben der Gruppenfreistellungs- verordnung .....	266
c) Begriff des Umweltschutzes .....	267
d) Erfasste Beihilferegelungen, insbesondere Verbesserungs- investitionen .....	267
e) Steuervergünstigungen .....	268
6. Risikokapitalbeihilfen .....	268
a) Mögliche Beihilfeempfänger .....	269
b) Vereinbarkeitsvoraussetzungen .....	269
7. Beihilfen für die Forschung und Entwicklung .....	269
a) Maßgebliches Regelwerk neben der Gruppenfreistellungs- verordnung .....	270
b) Grundprinzipien der FuEuI-Beihilfepolitik .....	270
aa) Definition des Beihilfetatbestandes .....	271
bb) Definition des Begriffes der Forschung .....	272
cc) Die Kriterien der Förderfähigkeit .....	272
<b>II. Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung von Unternehmen in Schwierigkeiten</b> .....	274
1. Begriff des Unternehmens in Schwierigkeiten .....	276
2. Die Genehmigung von Rettungsbeihilfen .....	278
3. Genehmigung von Umstrukturierungsbeihilfen .....	279
a) Wiederherstellung der langfristigen Rentabilität .....	280
b) Vermeidung von unzumutbaren Wettbewerbs- verfälschungen .....	282
c) Eigenleistung des Beihilfeempfängers oder seiner Gesell- schafter .....	284
d) Das Prinzip „One Time Last Time“ .....	285
e) Veräußerungs- und Privatisierungszusagen .....	286
f) Andere wettbewerbsorientierte Zusagen .....	287
4. Die Sonderregeln der Kommission zur Stützung von Finanz- instituten im Kontext der globalen Finanzkrise .....	288
<b>III. Befristeter Beihilferahmen zur Überwindung der „Kreditklemme“</b> .....	291
<b>G. Die Bereichsausnahme des Art. 86 Abs. 2 EG</b> .....	293
I. Das Verhältnis von Art. 86 Abs. 2 EG zu Art. 87 Abs. 1 EG .....	293
1. Die Rechtfertigungslösung .....	293
2. Die Tatbestandslösung .....	295
3. Abgrenzung von Altmark zu Art. 86 Abs. 2 EG .....	298
II. Das Verhältnis von Art. 86 Abs. 2 EG zu Art. 88 Abs. 3 EG .....	299
III. Die einzelnen Voraussetzungen von Art. 86 Abs. 2 EG .....	303
1. Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse .	303
2. Betrauung mit den Dienstleistungen von allgemeinem wirt- schaftlichen Interesse .....	304



3. Verhinderung der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse durch Anwendung der Beihilfevorschriften . . . . .	304
4. Keine Beeinträchtigung der Entwicklung des Handelsverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten in einem Ausmaß, das dem Interesse der Gemeinschaft zuwiderläuft . . . . .	305
IV. <i>Ausblick</i> . . . . .	306
<b>H. Verfahrensrecht</b> . . . . .	307
I. <i>Einführung</i> . . . . .	307
II. <i>Bestehende und neue Beihilfen</i> . . . . .	308
1. Der Begriff der bestehenden Beihilfe . . . . .	308
2. Prüfung bestehender Beihilfen . . . . .	309
3. Inhaltliche Abgrenzung zwischen bestehenden und neuen Beihilfen . . . . .	310
4. Verfahrensrechtliche Auswirkungen . . . . .	311
III. <i>Anmeldepflicht für neue Beihilfen</i> . . . . .	312
1. Einführung . . . . .	312
2. Verletzung der Anmeldepflicht . . . . .	313
IV. <i>Vorprüfungsverfahren</i> . . . . .	314
1. Einführung . . . . .	314
2. Frist zur Durchführung des Vorprüfungsverfahrens bei angemeldeten Beihilfen . . . . .	315
3. Frist zur Durchführung des Vorprüfungsverfahrens bei nicht angemeldeten Beihilfen . . . . .	317
V. <i>Hauptprüfungsverfahren</i> . . . . .	320
1. Einführung . . . . .	320
2. Der Begriff der „ernsten Schwierigkeiten“ . . . . .	320
a) Der Maßstab der Rechtsprechung . . . . .	320
b) Der Maßstab der Verfahrensverordnung . . . . .	322
3. Sonderfälle, die nicht ausschließlich auf „ernsthafte Schwierigkeiten“ abstellen . . . . .	322
4. Frist zur Durchführung des Hauptprüfungsverfahrens bei angemeldeten Beihilfen . . . . .	324
5. Frist zur Durchführung des Vorprüfungsverfahrens bei nicht angemeldeten Beihilfen . . . . .	324
VI. <i>Befugnisse der Kommission</i> . . . . .	326
1. Auskunftersuchen und Anordnung auf Auskunftserteilung . . . . .	326
2. Anordnung zur Aussetzung oder einstweiligen Rückforderung der Beihilfe . . . . .	326
3. Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens nach Art. 88 Abs. 2 Unterabs. 2 EG . . . . .	329

VII. Rechtsstellung des (potentiellen) Beihilfempfängers .....	330
1. Recht auf Akteneinsicht? .....	330
2. Kein Recht auf Anhörung .....	332
VIII. Rechtsstellung des Wettbewerbers/Beschwerdeführers .....	333
1. Prüfung der Beschwerde .....	333
2. Verfahrensrechte des Wettbewerbers im Vorprüfungsverfahren? .....	334
IX. Positive Entscheidungen der Kommission .....	336
X. Negative Entscheidungen der Kommission .....	338
XI. Die Rückforderung gemeinschaftswidriger Beihilfen .....	339
1. Historische Entwicklung .....	340
2. Rechtsgrundlagen der Rückforderungsentscheidung .....	342
3. Die Rückforderung formell, aber nicht materiell gemeinschaftswidriger Beihilfen .....	343
4. Schuldner und Gläubiger der Rückforderung .....	345
5. Durchführung der Rückforderung und Rechtsschutz .....	346
6. Rückforderung gegen zahlungsunfähige Beihilfempfänger .....	348
7. Bezifferung des Rückforderungsbetrages durch die Kommission oder durch die Mitgliedstaaten .....	349
8. Die Verzinsung des Rückforderungsbetrages .....	350
9. Ausnahmen von der Rückforderungspflicht .....	351
a) Ausschlussfrist .....	351
b) Vertrauensschutz .....	352
c) Verletzung des Grundsatzes der Rechtssicherheit .....	355
d) Absolute Unmöglichkeit .....	357
10. Durchsetzung der Rückforderung durch aufschiebend bedingte Genehmigung neuen Beihilfen .....	358
11. Neuere Entscheidungspraxis zur Durchsetzung der Rückforderung in politisch heiklen Umstrukturierungs- und Privatisierungsfällen .....	359
XII. Rechtsschutz .....	360
1. Rechtsschutz des Mitgliedstaates und seiner Untergliederungen .....	360
2. Rechtsschutz des potentiellen Beihilfempfängers .....	361
3. Rechtsschutz des Wettbewerbers/Beschwerdeführers .....	361
a) Rechtsschutz gegen Positiventscheidungen der Kommission .....	361
b) Die unmittelbare und individuelle Betroffenheit bei einzelnen Unternehmen .....	362
aa) Allgemein .....	362
bb) Klagebefugnis bei abschließenden Entscheidungen der Kommission im Vorprüfungsverfahren .....	363
cc) Klagebefugnis bei Untätigkeitsklagen .....	365
c) Verbände .....	367
4. Rechtsschutz des Wettbewerbers vor den Gerichten der Mitgliedstaaten .....	368

a) Gemeinschaftliche Rechtsgrundlagen .....	368
aa) Rechtswirkungen des Art. 87 EG .....	368
bb) Rechtswirkungen des Art. 88 Abs. 3 EG .....	369
cc) Stoßrichtung von Art. 88 Abs. 3 EG .....	372
b) Primärer Rechtsschutz in den Verfahren vor den nationalen Gerichten .....	372
aa) Anforderung an die Beweislast des Klägers .....	373
bb) Anforderungen an das Gericht .....	373
c) Vorgehen gegen die öffentliche Hand .....	374
aa) Verwaltungsgerichtliches Verfahren .....	374
bb) Zivilgerichtliches Verfahren .....	376
d) Vorgehen gegen den Beihilfenempfänger .....	379
e) Sekundärer Rechtsschutz: Schadensersatzansprüche .....	381
aa) Schadensersatzansprüche gegen die öffentliche Hand ...	381
bb) Schadensersatzansprüche gegen den Beihilfenempfänger	382
cc) Probleme bei der Geltendmachung von Schadensersatz- ansprüchen .....	382
<b>J. Auswirkungen auf die Zivilrechtspraxis .....</b>	<b>385</b>
I. Zivilrechtliche Wirksamkeit beihilfenrechtsbefangener Rechts- geschäfte .....	385
II. Das Sonderproblem öffentlicher Bürgschaften .....	387
III. Die vertragliche Zuordnung der Rückzahlungsverpflichtung ..	391
1. Der Adressat der Rückforderungsverpflichtung .....	391
2. Vertragliche Haftungsfreistellung des Erwerbers? .....	394
<b>Sachregister .....</b>	<b>397</b>